



Die Dürre ist nur einer der Gründe für den Konflikt in Darfur: Frauen auf der Suche nach Wasser.

KAREL PRINSLOO/KEYSTONE

Kampf um Ressourcen

Experten prognostizieren Zunahme von Konflikten, die von der Klimaveränderung mit verursacht werden

Bewaffnete Konflikte um Ressourcen wie Land und Wasser nehmen zu, nicht zuletzt wegen der Klimaveränderung. Die Ursachen seien jedoch komplex, andere Faktoren meist mit im Spiel. Dies ist das Fazit der Swisspeace-Jahrestagung in Bern.

LORENZ KUMMER

Darfur: Seit vier Jahren tobt in der westsudanesischen Region ein Bürgerkrieg, dessen Ursachen schwer einzuordnen sind. Und so ist man versucht, die Komplexität zu reduzieren auf Schlagworte. Es sei ein «Völkermord», hört man oft, begangen von nomadisierenden Arabern und deren Milizen, unterstützt von Sudans Regierung, begangen an sesshaften schwarzafrikanischen Völkern. Im laufenden Jahr, als das stetig wärmere Weltklima die Schlagzeilen zu beherrschen begann, kam ein weiterer Erklärungs-

versuch in Mode: Darfur sei der erste von der Klimaveränderung ausgelöste Krieg, getrieben vom verzweifelten Kampf rivalisierender Stämme um den Zugang zu Wasser, Weide- und Ackerland, das wegen der Dürre immer knapper werde.

Ein neues Zeitalter

Beide Ansätze beinhalten wichtige Elemente, doch beide Ansätze greifen für sich allein zu kurz. Denn der Konflikt in Darfur kann nur mit einer Kombination von globalen, regionalen und lokalen Faktoren hinreichend erklärt werden – wie heute fast alle bewaffneten Auseinandersetzungen. So forderten denn auch Expertinnen und Experten an der Jahreskonferenz des Friedensforschungs-Instituts Swisspeace diese Woche in Bern dazu auf, das Trendthema Klimaveränderung nicht zu stark in den Vordergrund zu stellen, wenn es um die Erklärung von Ressourcenkonflikten gehe. Politische und institutionelle Faktoren, so lautet das Fazit der Tagung, seien immer mitbeteiligt.

Trotzdem, sagte der kanadische Politologe Simon Dalby, müsse man sich bewusst werden, dass die Menschheit ein neues geologisches Zeitalter erreicht habe: das Anthropozän, den Zeitabschnitt, in dem der von fossilen Energieträgern getriebene Kapitalismus die Biosphäre nachhaltig zu verändern beginnt. Dass die Veränderung der Umwelt auch Auswirkungen auf Kriege habe, sei unvermeidlich. So rechnet die Uno gemäss jüngsten Studien mit einer deutlichen Zunahme von bewaffneten Konflikten, die von der Klimaerwärmung und ihren Folgen entweder mit verursacht oder verstärkt werden.

Die meisten dieser Konflikte sind derzeit von geringer Intensität und erregen international wenig Aufmerksamkeit, wie an der Tagung präsentierte Fallstudien aus Mali, Äthiopien oder Kirgistan zeigten. Die Knappheit von Wasser und Weideland – in semi-ariden Zonen schon immer ein wichtiges Charakteristikum der politischen Geografie – werde durch die Klimaverän-

derung verstärkt, erklärte Tobias Hagmann von der Universität Zürich, der in Äthiopiens unruhiger Somali-Region Feldforschung betrieb. Die schon zuvor schwelenden Konflikte seien deshalb in den letzten Jahren häufiger, intensiver und blutiger geworden.

Trend wird sich verstärken

Dieser Trend werde sich noch verstärken, prognostizierte Alexander Carius von der deutschen Beratungsfirma Adelphi. Und leider müsse man davon ausgehen, dass nicht wenige heute kaum gewalttätige Konflikte eskalieren und dann sehr wohl die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit erregen könnten. Glücklicherweise habe aber nach der Publikation neuer Studien und den eindringlichen Warnungen des Uno-Klimarates IPCC auch die Debatte um die Klimaerwärmung und deren sicherheitspolitische Konsequenzen an Intensität gewonnen. So beschäftigte sich im April der Uno-Sicherheitsrat erstmals mit der Frage, wie die Klima-

veränderung und andere Umweltprobleme die globale Sicherheit beeinflussen.

Der Schweizer Uno-Botschafter Peter Maurer warnte indessen vor allzu viel Optimismus. Denn die Umweltzerstörung als zusätzlicher Risikofaktor bei bewaffneten Konflikten sei im Uno-System noch immer ein Randthema. Dies betreffe primär Konflikte, die aus der zunehmenden Knappheit von natürlichen Ressourcen wie Wasser oder Land gespeist würden.

Mehr Aufmerksamkeit erhalten dagegen Konflikte, die entstehen, weil Ressourcen im Überfluss vorhanden sind und auch kommerziell ausgebeutet werden. So führt die Ausbeutung von Öl, Gold oder Diamanten in Ländern des Südens oft zur Zerstörung von Umwelt und Gesellschaftsstrukturen in den Fördergebieten, während die Profite aus dem Export der Rohstoffe in die Taschen der Zentralregierung fließen. Dies fördere – wie etwa in Nigeria oder in Südsudan – Sezessionsgelüste und Bürgerkriege.

Ja zu Gentests mit Vorbehalt

FRANKREICH Nur einen halben Sieg konnte gestern die französische Opposition feiern, die vor dem obersten Verfassungsgericht eine Klage gegen das neue Immigrationsgesetz eingereicht hatte. Zwar verboten die Richter die im Gesetz geplante Einführung von statistischen Erhebungen mit ethnischen Kriterien, wie dies die Kläger aus Angst vor rassistischem Missbrauch der Daten gewünscht hatten. Doch die Verwendung von genetischen Tests bei Anträgen auf Familienzusammenführung von Immigranten steht nach Ansicht des französischen Verfassungsrats nicht in Widerspruch zum Grundgesetz.

Die elf «Weisen» schränken aber den Einsatz von DNA-Proben als Nachweis der biologischen Verwandtschaftsbeziehung noch weiter ein. Sie sollen nur auf richterlichen Beschluss hin und mit der Zustimmung der jeweils betroffenen Staaten möglich sein und nur in direkter Linie von Müttern und den Kindern. Konkret dürfte nun dieses heftig umkämpfte Instrument genetischer Nachweise höchst selten überhaupt zum Einsatz kommen. Erstmals nahm gestern auch der frühere Staatspräsident Jacques Chirac an einer Beratung des Verfassungsrates teil. Er ist wie Valéry Giscard d'Estaing als ehemaliger Staatschef automatisch Vollmitglied dieser Behörde, deren Mitglieder er mehrheitlich selber nominiert hatte. (rbp)

Atombehörde nicht zufrieden

IRAN Die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA) hat die Zusammenarbeit Irans in ihrem jüngsten Bericht gemischt beurteilt. Iran habe an der IAEA-Untersuchung zwar mitgearbeitet, dabei aber lediglich reagiert. Teheran habe keine aktive Haltung eingenommen, hiess es in dem gestern veröffentlichten Bericht für den Uno-Sicherheitsrat. Die Regierung in Teheran habe grosse Anstrengungen unternommen, ihr Programm wie gefordert transparenter zu machen. Wichtige Fragen seien jedoch noch immer offen. Nach den Erkenntnissen der IAEA betreibt Iran zudem entgegen den internationalen Forderungen seine Urananreicherung in Natanz weiter. Dort seien 3000 Zentrifugen in Betrieb. Die fünf Veto-Mächte des Sicherheitsrats und Deutschland beraten in den kommenden Wochen über das weitere Vorgehen in dem Konflikt. Der jüngste Bericht wird möglicherweise den Ausschlag geben, ob sie neue Sanktionen gegen Iran verhängen oder nicht. (sda)

Gnadenakt für drei Völkermörder?

Drei Spitzenvertreter des Regimes Saddam Husseins sind in Irak wegen der Massaker an Kurden zum Tode verurteilt worden – doch nun geschieht nichts

Die vielschichtigen Hintergründe eines bizarren Streits über die Exekution von drei verurteilten Handlangern des gestürzten irakischen Regimes.

BIRGIT CERHA, KUWAIT

Die drei Männer wurden bereits im Sommer von einem Spezialgericht wegen des Mordes an 180 000 Kurden in den Achtzigerjahren zum Tode verurteilt: Es handelt sich um den Cousin des früheren Diktators Saddam Hussein, Ali Hassan al-Majid, Ex-Verteidigungsminister Sultan Hashim Ahmad Jabbari Tai und den ehemaligen stellvertretenden Einsatzleiter der Streitkräfte, Hussein Rashid Mohammed. Das Urteil wurde am 4. September von einem Berufungsgericht bestätigt. Jedoch

– im Gegensatz zu früheren Fällen – wurden die Todeskandidaten nicht den irakischen Behörden zur Hinrichtung überstellt. Zunächst hiess es, während des heiligen Fastenmonats Ramadan sollten keine Todesurteile vollstreckt werden.

Juristische Spitzfindigkeiten

Sodann forderte Vizepräsident Tariq Hashimi – ein arabischer Sunnit, wie die Todeskandidaten – eine Klärung durch das Justizministerium, ob die Verurteilten auch ohne Zustimmung des Irakischen Präsidentschaftsrates, dem er selbst angehört, gehenkt werden könnten. Laut Verfassung muss der dreiköpfige Präsidentschaftsrat Hinrichtungen billigen. Ein zu diesem Zweck eingesetztes Gremium kam zum Schluss, dass der Präsidentschaftsrat das Urteil unterzeichnen

müsse, dessen Exekution aber nicht blockieren könne. Sowohl Befürworter als auch Gegner der Exekution sahen sich durch diese unklaren Aussagen bestätigt.

Talabani gegen Maliki

Iraks Präsident Talabani weigert sich aus Prinzip, Todesurteile zu unterzeichnen. Hashimi drängt auf Gnade als Zeichen der so dringend nötigen nationalen Versöhnung und droht mit seinem Rücktritt, sollte seine Forderung unerfüllt bleiben, und Vizepräsident Abed Abdul Mehdi setzt sich ebenfalls für Milde ein. Ministerpräsident Maliki beharrt dagegen auf Einhaltung der Verfassung, die bedingungslos die Exekution binnen 30 Tagen nach der Bestätigung des Urteils fordert. Während sich offiziell niemand für Majid, den Hauptorganisator des

damaligen Völkermords und einen der skrupellosesten Gewalttäter des Hussein-Regimes, einsetzt, findet vor allem Sultan Hashim viele Unterstützer. Er hatte als General und Kommandant des ersten Armee-Korps die Massenmorde an den Kurden in den Achtzigerjahren befohlen und spielte auch eine zentrale Rolle bei der brutalen Niederschlagung des Aufstandes der Schiiten nach Ende des Kuwait-Krieges 1991. Er hatte damals mit den Amerikanern den Waffenstillstand ausgehandelt und deren Zustimmung zum Einsatz von Helikoptern erwirkt, der Zehntausende Aufständische das Leben gekostet hatte.

Schützende Hand der CIA?

Dennoch setzt sich sogar der irakische Aussenminister Zebari, selbst ein Kurde, für Gnade «als Zei-

chen der Versöhnung» ein. Sultan Hashim geniesst unter irakischen Offizieren grosse Popularität. Viele betrachten ihn als einen guten Soldaten und meinen, er hätte nur den Befehlen gehorcht. Eine Weigerung hätte er mit dem Leben bezahlen müssen. Hashim, so heisst es, hätte wiederholt Kontakte mit der irakischen Opposition gesucht. Hartnäckig halten sich vom US-Geheimdienst CIA freilich nicht offiziell bestätigte Berichte über ein Abkommen mit den Amerikanern, nach dem Sultan Hashim vor Kriegsbeginn 2003 zugesagt habe, das Leben von US-Soldaten so weit wie möglich zu schonen. Tatsächlich hatten ja auch die irakischen Streitkräfte erstaunlich geringen Widerstand geleistet. Als sich der letzte Verteidigungsminister Saddam Husseins dann im September 2003 dem da-

maligen US-Kommandanten für Mossul und heutigen US-Oberkommandierenden in Irak, General Petraeus, stellte, hätten ihm die Amerikaner aus Dankbarkeit sogar zugesagt, sein Leben zu schützen.

Wichtig für Kampf gegen Kaida

Ein CIA-Vertreter in Irak bekräftigte jüngst die Tradition seines Dienstes, eisern zu solchen Versprechen zu stehen. Zudem gibt es noch einen gewichtigen politischen Grund, Hashims Leben zu schonen. Der Ex-General gehört einem der einflussreichsten sunnitischen Stämme an, die vor allem beim Kampf gegen die Al-Kaida-Terroristen eine entscheidende Rolle spielen. Seine Hinrichtung könnte die Sunniten erneut gegen die Amerikaner aufbringen und Befriedungsversuche wesentlich erschweren.